

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Leipzig, Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Reichsregierung, des Reichsgerichts, des Reichsanwaltschaft beim Reichsgericht und des Rates der Stadt Leipzig, des Finanzamts Leipzig und des Hauptpostamts Leipzig.

Postfach: Dresden 1580
Zirkel: Leipzig Nr. 52.

Nr. 186.

Donnerstag, 12. August 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Austritts von Produktionsverrichtungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Druckzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; jeitendruck und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemerkter Rabatt erfolgt, wenn der Vertrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Leipzig. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Abbestellung und Verleger: Langen & Winterlich, Leipzig. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. W. K. Teichgraber, Leipzig; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Leipzig.

Die Entente des Mittelmeeres.

Dr. Mussolini hat nach altbewährter Methode den Inhalt des Vertrages, der zwischen Italien und Spanien zustande gekommen ist, geheim gehalten. Man weiß also nicht, ob dieser Vertrag nach militärischen Gesichtspunkten oder nach wirtschaftlichen oder irgend welchen anderen Ausgerichtet ist. Angeblich handelt es sich nur um ein Freundschafts- und Neutralitätsbündnis der beiden lateinischen Mächte des Mittelmeeres. Sowohl Italien wie Spanien haben in Nord-Afrika große gemeinsame Interessen. Vor allen Dingen muß Spanien versuchen, für seinen amerikanischen Kolonialbesitz einen Rückhalt zu finden, den ihm offenbar Italien geben will. Die afrikanische Frage ist für Spanien eine Lebensfrage, während sie für Italien nichts als eine Macht- und Kolonialfrage ist. Spanien ist durch den englischen Besitz auf Gibraltar in seiner Verbindung mit seiner marokkanischen Kolonie außerordentlich gehemmt. Da es aber für Spanien in absehbarer Zeit unmöglich ist, Gibraltar wieder in seine Hand zu bekommen, liegt es nahe, den Schwerpunkt der Politik auf die afrikanische Küste zu verlegen. Diese Bemerkungen mögen Spanien veranlassen haben, den Freundschaftsvertrag mit Italien einzugehen. Für Italien war wohl lediglich die Absicht, seine Vormachtstellung im Mittelmeer durch Spanien stützen zu lassen, Anlaß zu diesem Bündnis. Das in den Kommentaren, die die italienische Presse zu dem Vertrag mit Spanien gibt, darauf hingewiesen wird, daß auch die südamerikanischen Staaten enger an Spanien und Italien herangezoogen werden könnten, das entspricht dem imperialistischen Machtgedanken des Faschismus, der offenbar von einer Vereinigung aller lateinischer Nationen — selbstverständlich unter Führung Italiens — träumt. Das sind natürlich Strohgebäude, und wir glauben nicht, daß die südamerikanischen Staaten wirklich so großen Wert darauf legen, von Amerika abzurücken und sich der europäischen Politik anzuschließen. Es scheint im Gegenteil, als ob der panamerikanische Gedanke gerade in Südamerika immer mehr Boden gewinnt und als ob die Enttrentung von den europäischen Mutterländern nicht nur bei den Vereinigten Staaten, sondern auch in Südamerika immer mehr wächst. Das Südamerika sich vor allen Dingen niemals in das Schlepptau Italiens nehmen lassen wird, ist eine solche Selbstverständlichkeit, daß man die Verlogenheit des Faschismus etwas anders annehmen kann. Die englischen und französischen Mittelmeerinteressen werden, so viel bisher bekannt ist, von dem spanisch-italienischen Bündnis nicht berührt. In der Abessinienfrage ist eine Einigung zwischen England und Italien bereits gelungen, und auch in der Marokkofrage werden die italienischen Interessen von Spanien und Frankreich genügend berücksichtigt werden, so daß sogar anzunehmen ist, daß nach diesem Bündnis eine recht starke Befriedigung der Mittelmeerpolitik eintreten wird. Die Gefahren, die der transjordanische Vormachtstellung in Nord-Afrika drohen, werden durch das spanisch-italienische Bündnis ebenfalls nicht verstärkt, so daß für Frankreich kein Grund zur Beunruhigung vorhanden ist. Die Mittelmeerpolitik wird allerdings, nachdem Spanien und Italien eine gemeinsame Front gefunden haben, noch komplizierter werden, als sie es bisher schon war, ohne daß jedoch neue Befahren-Momente damit verbunden sind.

Die ersten Schwierigkeiten zwischen Poincaré und Briand.

Dr. Schneider als man geglaubt hatte, sind die Gegensätze zwischen dem französischen Ministerpräsidenten und seinem Außenminister Briand zum Ausbruch gekommen. Es war von vornherein klar, daß die auseinandergehenden außenpolitischen Anschauungen zwischen Poincaré und Briand kurz oder lang zu Meinungsverschiedenheiten führen mußten. Die mit der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes zusammenhängende Ratfrage bildet den Gegenstand weitgehender Differenzen in Paris. Während Briand an dem Beschluß der Studienkommission des Völkerbundes festhält, daß bei einer Zahl von 9 nichtständigen Mitgliedern und bei einer Mandatsdauer von 3 Jahren jährlich ein Drittel der nichtständigen Mitglieder, und zwar mit einfacher Mehrheit neu gewählt werden sollte, will Poincaré die polnische Forderung auf Anerkennung eines ständigen Sitzes nachkommen. In Warschau begte man seit dem Amtsantritt Poincarés gewisse Hoffnungen, die auch dahin gingen, bei dem neuen französischen Ministerpräsidenten ein geneigtes Ohr für die Forderungen Polens zu finden. Tatsächlich hat der polnische Gesandte in Paris in den letzten Tagen wiederholt Besprechungen mit Poincaré gehabt, in denen er darlegte, daß seine Regierung an ihrer Forderung festhalten müsse. Inzwischen beschäftigt es sich auch, daß das Warschauer Kabinett dem Sekretariat des Völkerbundes nunmehr offiziell von dem Verlangen auf Zuteilung eines ständigen Sitzes Kenntnis gegeben hat. Wie wir von unterrichteter Seite hören, ist gleichfalls im Auswärtigen Amt ein Bericht des deutschen Gesandten in Warschau eingegangen, in dem die Reichsregierung auf neue Schwierigkeiten wegen der polnischen Ratanspruchsbereitungen hingewiesen wird. Nunmehr ist es auch verständlich, warum die französische Regierung seit einigen Tagen lebhaftere Verhandlungen mit dem Madrider Kabinett führt. In Paris will man nämlich die spanische Regierung zu überreden versuchen, sich mit einem nichtständigen Mitglieds zu begnügen, und als Ausgleich dafür wirtschaftspolitische Konzessionen in Nord-Afrika anzugehen. Die spanische Regierung wird jedoch, wie bereits festgestellt, sich mit dieser Lösung nicht einverstanden erklären.

Außenpolitik, Flaggenproblem und Reichsehrenmal.

Die heutige Kabinettsitzung.

Das Reichskabinett wird heute vormittag unter dem Vorsitz des Reichszanklers zu der angekündigten Sitzung zusammentreten, in der die schwebenden außen- und innenpolitischen Angelegenheiten erörtert werden sollen. Beschlüsse des Kabinetts sind nicht zu erwarten. Die Minister werden über die im Gange befindlichen Arbeiten ihrer Ressorts Bericht erstatten. Den größten Raum in der Beratung des Kabinetts werden naturgemäß die außenpolitischen Fragen — Balforsund, Belgien, Militärsanktionen — einnehmen. Der Reichsarbeitsminister wird über die im Gange befindlichen und weiter vorgesehenen Maßnahmen berichten und der Reichsfinanzminister über die finanzielle Seite dieser Angelegenheiten. Ueber das Flaggenproblem wird der Reichsinnenminister referieren. In den letzten Tagen sind von verschiedenen Verbänden weitere Vorschläge zur Lösung der Flaggenfrage gemacht worden. Eine Entscheidung darüber wird jedoch erst nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages getroffen werden. Nicht weniger gehalten sich die Beratungen des Reichsinnenministers über das geplante Reichsehrenmal für die im Weltkrieg Gefallenen. Der Ort der Errichtung dieses Ehrenmals steht noch nicht fest. In weiten Kreisen hatte man angenommen, daß die Wahl auf Berlin fallen werde. In der letzten Zeit sind jedoch beim Reichsinnenministerium zahlreiche Proteste dagegen eingegangen, die nicht nur aus dem Rheinland stammen. Wie wir hören, soll sich auch der Reichspräsident dafür ausgesprochen haben, das Reichsehrenmal auf der Rheininsel Bock zu errichten. Es besteht somit große Wahrscheinlichkeit, daß sich die Reichsregierung für letzteren Ort entscheiden wird; auf alle Fälle werden die zuständigen Stellen zunächst noch die Wünsche und Gutachten der Reichstagsfraktionen einholen.

Reichstag und Handelsprovisorium.

Die der demokratische Sechsstundenmittell, wird voraussichtlich Ende dieser Woche der Handelspolitische Ausschuss des Reichstages zusammentreten, um auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 10. Juni 1926 zu dem deutsch-französischen Handelsprovisorium Stellung zu nehmen. Das Handelsabkommen soll am 21. August in Kraft treten. Nach einer Punktummeldung von heute mittag ist der Handelspolitische Ausschuss des Reichstages für Sonnabend, den 14. August zu einer Sitzung einberufen worden. Der Wahnsinnsausschuss des Reichstages nimmt am Mittwoch, den 18. August seine Arbeiten wieder auf.

Eine Konferenz der Länderregierungen.

Wie wir hören, findet demnächst eine Konferenz der Länderregierungen statt, die zu den Besprechungen des

Reichsinnenministers, besonders zu dem Gesetzentwurf über Vereinfachung des Beamtenrechts und die einheitliche Regelung der Anstellungs- und Personalsverhältnisse der Beamten Stellung nehmen wird.

Reichsregierung und Ökonomiepolitik.

Die zuständigen Stellen verfolgen mit großer Aufmerksamkeit die wirtschaftliche Notlage Österreichs, und im Reichsfinanzministerium werden, wie wir hören, bereits Ermäßigungen angelehrt, auf welche Weise und in welchem Umfang eine Hilfeleistung für die deutsche Ökonomie möglich ist. Der Reichsfinanzminister Dr. Reichel wird demnächst, sich Ende dieses Monats nach Österreich zu begeben, um sich persönlich über den Stand der Wirtschaftslage zu überzeugen. Es ist anzunehmen, daß sich gleich nach seinem Wiederzusammentritt auch der Reichstag mit dem wirtschaftlichen Verhältnissen in Österreich beschäftigen und die Reichsregierung auffordern wird, sofort finanzielle Mittel für die kleineren und mittleren Gewerbetreibenden zur Verfügung zu stellen.

Hochkonjunktur im Kohlenyndikat.

Infolge des andauernden Streiks im britischen Kohlenbergbau sind, wie wir hören, beim Kohlenyndikat umfangreiche Aufträge auf Lieferung von Kohle nicht nur von englischer Seite, sondern auch von großen Industriellenunternehmen und Staatsbetrieben in den nordischen Ländern eingegangen. Infolgedessen hat in den letzten Wochen im Ruhrbergbau wieder größere Streckungen von Arbeitern vorgenommen worden. Man rechnet damit, daß für die nächsten drei Monate die Ueberschreitung der Vorkriegs-Produktion im Ruhrbergbau anhalten wird.

Erhebliche Zunahme im britischen Seehandel im Juli 1926.

Die durch den englischen Streik verursachte Ausfuhr oberflächlicher und Raubkohle hat, wie aus Bremen gemeldet wird, zu einer erheblichen Verkehrszunahme beigetragen. Im August und Abgang wurden für Juli ermittelt 1190 Schiffe mit 1.811.971 RTZ, gegen 940 Schiffe mit 1.131.341 RTZ im Juni und 913 Schiffe mit 998.944 RTZ im Juli des Vorjahres. Das bedeutet eine Zunahme gegenüber dem Vormonat um 16 Prozent und gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um 81 Prozent. Von Januar bis Juli sind nunmehr auch die Ziffern der gleichen Zeit des Jahres 1925 übertroffen, wenn auch nur um 1 Prozent.

Schweden die neuen politischen Forderungen unterstützen werde, da nach seiner Ansicht die Hauptaufgabe des Völkerbundes im September sein werde, das zu tun, was er im März unterlassen habe, nämlich die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Andere einflussreiche Mitglieder des Rates seien der Ansicht, daß nach der Septembertagung der Reichsregierung im Völkerbundrat von Holland übernommen werden würde.

Zur Nordische Sellig.

Eine Erklärung des Landgerichtsdirektors Hoffmann.

Landgerichtsdirektor Hoffmann, Präsident der Reichsdiskiplinar-Kammer Magdeburg, veröffentlicht in der Magdeburger Tageszeitung eine längere Erklärung gegen die Vorwürfe, die gegen ihn in der Presse wegen seiner Haltung in der Nordische Sellig erhoben worden sind. Es heißt darin u. a., Kölling sei durch die ständigen Angriffe und den Pressefeldzug gegen ihn hart erschüttert gemessen. Er habe ihm angesichts der „ungeheuren Rolle, die ihm tatsächlich zugefallen war“, und der ein einziger gar nicht gewachsen sein konnte, durch Handschlag seine Hilfe im Kampfe um die Ausübungsfreiheit der Rechtspflege angeboten. Kölling habe sie dankbar angenommen, indem er hervorhob, daß ihm vom Justizministerium nicht der geringste Schuß zuteil werde. Alles, was Kölling von da an getan habe zum Schutze der Unteruchung gegen weitere unzulässige Eingriffe, sei in entscheidender Weise auf seinen, Hoffmanns Rat zurückzuführen.

Disziplinarverfahren gegen Kölling?

Wie die Blätter erfahren, werden der Oberlandesgerichtspräsident und der Generalstaatsanwalt in Naumburg an der Saale mit der Aufklärung und Prüfung der Frage beauftragt werden, ob Anlaß zu einem disziplinarischen Einschreiten gegen den Untersuchungsrichter Kölling sowie auch gegen andere Magdeburger Justizbeamte gegeben ist. Auch die Veröffentlichung Landgerichtsdirektors Hoffmann wird Gegenstand einer Prüfung sein.

Beginn des internationalen demokratischen Friedenskongresses.

Paris. Die Tagesausgabe von Wolff la Rivière meldet, haben die Arbeiten des 6. internationalen demokratischen Friedenskongresses im Schloß von Versailles mit Vorträgen über internationale Fragen begonnen, zu denen sich 4500 Teilnehmer gemeldet haben.

Die Frage der ständigen Ratssitze.

London. Nach dem diplomatischen Berichterstatter der Westminster Gazette werde in amtlichen Kreisen es als vollkommen sicher angenommen, daß Deutschland im nächsten Monat dem Völkerbunde beitreten werde, da ein brasilianischer Protest und eine spanische Opposition auf der kommenden Tagung keine Schwierigkeiten bereiten könnten. Schweden werde dieselbe Rolle wie im März spielen. Der liberale schwedische Außenminister werde die von Indon verfolgte Politik fortsetzen und darauf bestehen, daß Deutschland allein in den Völkerbundrat eintrete und daß die augenblickliche Zahl der ständigen Sitze nicht vermehrt werde. Schweden stehe den Grundgeden der Wahl in verabschiedetem Wechsel vor, so daß alle Mitglieder Gelegenheit hätten, im Rate vertreten zu sein. Man erwarte nicht, daß